Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002340/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Maria Walsh (PPE), Veronika Cifrová Ostrihoňová (Renew), Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), Nina Carberry (PPE), Ana Miranda Paz (Verts/ALE), Liesbet Sommen (PPE), Matjaž Nemec (S&D), Martin Hojsík (Renew), Kathleen Funchion (The Left), Aodhán Ó Ríordáin (S&D), Catarina Martins (The Left), Markéta Gregorová (Verts/ALE), Joanna Scheuring-Wielgus (S&D), Filip Turek (PfE), Irena Joveva (Renew), Merja Kyllönen (The Left), Evelyn Regner (S&D), Marco Tarquinio (S&D), Michalis Hadjipantela (PPE), Jagna Marczułajtis-Walczak (PPE), Marit Maij (S&D), Romana Jerković (S&D), Lucia Yar (Renew), Michal Wiezik (Renew), Aurore Lalucq (S&D), Marc Angel (S&D), Regina Doherty (PPE), Thomas Waitz (Verts/ALE), Tilly Metz (Verts/ALE), Danuše Nerudová (PPE), Barry Andrews (Renew)

Betrifft: Vorgehen gegen Menstruationsarmut und Einführung einer EU-Strategie zur Menstruationsgesundheit

Unter Menstruationsarmut wird ein unzureichender Zugang zu Menstruationsprodukten und entsprechenden Einrichtungen verstanden. Davon betroffen sind schätzungsweise 10 % der menstruierenden Bevölkerung in der EU, wobei etwa die Hälfte der gesamten EU-Bevölkerung zu irgendeinem Zeitpunkt ihres Lebens menstruiert.

Es ist ein großes Problem, dass es keinen standardisierten EU-weiten Datensatz zur Prävalenz von Menstruationsarmut gibt. Dass auf EU-Ebene keine standardisierte Datenerhebung erfolgt, wirkt sich negativ auf wirksame politische Maßnahmen aus.

Darüber hinaus bestehen nach wie vor Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, obwohl sie aufgrund der 2022 erfolgten Überarbeitung der Mehrwertsteuerrichtlinie der EU die Möglichkeit haben, die Mehrwertsteuer auf Menstruationsprodukte zu senken oder abzuschaffen. Das Fehlen eines harmonisierten EU-weiten Vorgehens führt zu einer Verschärfung der Menstruationsarmut.

1. Wie gedenkt die Kommission, in ihrer neuen Amtszeit EU-weit gegen Menstruationsarmut vorzugehen?

2. Beabsichtigt die Kommission, eine EU-Strategie zur Menstruationsgesundheit vorzulegen, um die Mitgliedstaaten beim Vorgehen gegen Menstruationsarmut zu unterstützen?

Das Problem der Menstruationsarmut wird seit zu langer Zeit übersehen und oft nur am Rande berücksichtigt. Durch ein starkes politisches Engagement und koordiniertes Vorgehen kann die Menstruationsarmut beseitigt werden. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Frage der öffentlichen Gesundheit, sondern es geht auch um die Gleichstellung der Geschlechter und die grundlegenden Menschenrechte.

Eingang: 11.6.2025